

Anmerkungen zu einer Dokumentation:

**Die Deutschen östlich von Oder und Neiße
1945–1950**

„Die Schuld für diese verbrecherische Kriegsführung tragen nicht nur die deutsche Armee, die Partei Hitlers und die deutsche Zivilverwaltung, die diese verbrecherischen Handlungen unmittelbar ausführten, sondern das ganze deutsche Volk, das der Partei Hitlers und der Armee volle Unterstützung ... gewährte ... Es ist also verständlich, dass das deutsche Volk als Ganzes die verdiente Strafe tragen und seine Niederlage derart spüren muss, dass ihm für immer die Führung eines Krieges unmöglich gemacht wird ... Auf die Deutschen ... warten lange Jahre schwerer Arbeit beim Wiederaufbau unserer Städte und Dörfer ...“

Diese Sätze aus dem Befehl Nr. 51 des Oberbefehlshabers der Polnischen Streitkräfte über den Umgang mit der deutschen Bevölkerung vom 22. März 1945, also sechs Wochen vor Kriegsende, dürften Gedanken und Gefühle der polnischen Gesellschaft in jener Zeit widerspiegeln. Wenngleich derselbe Befehl an die Würde der polnischen Soldaten appelliert und vor Lynchjustiz und Plünderung warnt, lässt er schon ahnen, was die Volksdeutschen im ursprünglichen polnischen Staatsgebiet sowie die Reichsdeutschen in den später Polen erst einmal zur Verwaltung übergebenen Oder-Neiße-Gebieten zu erwarten hatten.

In einem Artikel „Gespräche mit der Herrenrasse“ vom 31. März 1945 drückt es die polnische Armeezeitung „Polska Zbrojna“ noch klarer aus: „Deutsche, die von uns Misshandlungen erwarteten und statt dessen menschlich behandelt wurden, sahen darin unsere Schwäche. Wir lassen sie jedoch nicht lange in diesem Glauben. Es helfen uns dabei übrigens zur Arbeit in der Landwirtschaft nach Deutschland verschleppte Polen, die sofort nach dem Einmarsch unserer Armee die hübschen Wohnungen ihrer Herren beziehen, letztere in armselige Kammern werfen ... und die ganze Wirtschaft in ihre Hände nehmen ... In Gesprächen

Wolfgang Grycz, Slawist, ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.

sprechen sich die Soldaten entschieden dafür aus, dass man diese Gebiete schnellstens mit polnischer Bevölkerung besiedeln muss.“

Das war vor über einem halben Jahrhundert der Auftakt zu einer der größten Bevölkerungsverschiebungen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die für Millionen Deutsche ein qualvolles Schicksal bedeutete: die Vertreibung nach Westen.

Beide Zitate entstammen einer Dokumentensammlung, die von polnischen und deutschen Wissenschaftlern erarbeitet wurde. Die deutsche Fassung der Dokumentation trägt den Titel: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...‘ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven. Herausgegeben von Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg“ (Verlag: Herder-Institut, Marburg 2000). Band 1, um den es hier geht, enthält Dokumente der Zentralen Behörden sowie regionale Dokumente aus der Woiwodschaft Allenstein. Die übrigen drei Bände betreffen die Woiwodschaft Schlesien, Zentralpolen, die Woiwodschaften Posen, Stettin, Breslau und Pommerellen.

Ein großer Schritt vorwärts

Bis zur „Wende“ hatten vor allem politische Schwierigkeiten verhindert, dass ein solches Werk entstand. Die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Buches hatten endlich Gelegenheit, Geheimarchive der Staatsführung und der Partei auszuwerten. Erst jetzt wurde es möglich, Dokumente sprechen zu lassen, die das gesamte Umfeld, das Ausmaß und die bedrückende Härte dieser Aktion belegen. Während sogar der polnische Geheimdienst seine Archive öffnete, blieben, wie die Herausgeber schreiben, „leider Versuche, Zugang zu den Akten der Polnischen Bischofskonferenz zu erhalten“, erfolglos. Das ist bedauerlich, denn gerade von der Kirche, die in der ersten Nachkriegszeit – neben der Armee – oft die einzige ordnende Kraft darstellte, hätte man Einblicke in die Situation erwartet. Diese Lücke ändert jedoch nichts am Wert der Dokumentation.

Leider blieben Versuche, Zugang zu den Akten der Polnischen Bischofskonferenz zu erhalten, erfolglos.

Am wichtigsten ist es, dass hier nach Jahrzehnten endlich von Polen und Deutschen gemeinsam eine umfassende Darstellung der Problematik geboten wird. Das Werk erscheint parallel in polnischer und deut-

scher Sprache, wobei von den Herausgebern darauf verwiesen wird, dass im Zweifelsfall die polnischsprachige Fassung herangezogen werden soll. Hierzu einige Anmerkungen: Bei der Lektüre fallen kleine Ungeheimtheiten der Übersetzung auf, so auf Seite 303, wo im Deutschen nicht klar wird, ob das Ausland ein gewisses Element als „Schufte und Lumpen“ bezeichnet oder selbst von diesem Element so bezeichnet wird. Erst der Rückgriff auf das polnische Original gibt Klarheit. Ärgerlicher ist in einem wiedergegebenen Protokoll einer Konferenz in der Polnischen Militärmission in Berlin vom 28. Oktober 1948, dass dort ein „Bischof Winke“ vorgestellt wird, den das Personenregister zum „Bischof von Berlin“ macht (S. 378, 709). Bischof von Berlin war damals Konrad Graf von Preysing, beim Teilnehmer der Sitzung in der Militärmission handelte es sich höchstwahrscheinlich um Bischof Wienken, seines Zeichens Kommissar der Fuldaer Bischofskonferenz für Gespräche mit der Deutschen Reichsregierung, später Bischof in Meißen. Eine solche Desinformation in einem in Deutschland erschienenen Buch sollte sich verbieten.

Objektive Darstellung der Ereignisse

Erfreulich ist, dass die Einleitung der Herausgeber die Vorgeschichte von Gebietsabtrennung und Vertreibung in wohlthuender Sachlichkeit beschreibt, ebenso die unterschiedlichen Positionen der Sowjetunion, der Westmächte, der polnischen Exilregierung in London und der kommunistisch geführten polnischen Provisorischen Regierung.

In umfassender Weise wird dargestellt, wie von den politischen Akteuren der Anti-Hitler-Koalition über die Westverschiebung der polnischen Grenzen auf Kosten Deutschlands gedacht wurde. Als Stalin deutlich machte, dass er die im Vertrag mit Nazi-Deutschland gewonnenen ostpolnischen Gebiete nicht mehr herausgeben würde, zeichnete sich immer mehr ab, dass es mit einem geringen Gebietsverlust für Deutschland nicht abgehen würde. In mehreren Etappen kristallisierte sich heraus, dass die Grenze wohl an Oder und Lausitzer Neiße liegen sollte. Dazu schreiben die Herausgeber: „Die Situation der Polen unter deutscher ... Besatzung war von Elend, Hunger, Erniedrigung, erzwungener Entwurzelung und Tod geprägt. Unter diesen Bedingungen wurde der Drang nach Rache, Vergeltung und Bestrafung Deutschlands und der Deutschen zu einem Allgemeingut“ (43). Im Zusammenhang mit Ge-

bietsabtretungen Deutschlands sei auch die „Forderung ... nach Aussiedlung (der Deutschen) ... überall erhoben und ... zumindest in der zweiten Hälfte der Besatzungszeit allgemein akzeptiert“ worden (45). Das Manifest des Polnischen Komitees für die Nationale Befreiung vom 22. Juli 1944 habe bereits „die Konfiszierung des deutschen Besitzes“ angekündigt (45). Die „Überzeugung von der genetisch bedingten Aggressivität des westlichen Nachbarn“ habe dabei eine bedeutende Rolle gespielt.

Während es zu Anfang auf exilpolnischer und britischer Seite noch Bedenken gegen eine massenhafte Vertreibung der Deutschen aus den abzutretenden Gebieten gab, sprach sich Winston Churchill am 15. Dezember 1944 für die Abschiebung aus: „Die Aussiedlung wird nämlich ... das zufriedenstellendste und dauerhafteste Verfahren sein. Es wird nicht mehr jenes Völkergemisch geben, das nicht enden wollende Schwierigkeiten mit sich bringt ... Diese Angelegenheit ist in ihrer Gänze in Ordnung zu bringen.“ Man schrecke auch vor keiner „Umsiedlung riesigen Maßstabs zurück“ (54).

Unmittelbar nach Kriegsende „reiften in Warschau die Pläne zur Lösung des ‚deutschen Problems‘ durch die ‚Entdeutschung‘ zumindest eines Teils der neuen Gebiete heran“ (63). Der kommunistische Parteiführer Gomułka sprach im Mai 1945 davon, dass man die Deutschen „hinauswerfen“ müsse, „da alle Länder auf nationalen, nicht multinationalen Grundlagen errichtet sind“ (64). Ein anderer Spitzenpolitiker der Polnischen Arbeiterpartei (PPR), Ochab, Generalbevollmächtigter für die Wiedergewonnenen Gebiete, teilte die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten folgendermaßen ein: „Die eine Gruppe werden wir hinauswerfen ..., sie also ... in kleinen Herden über die Oder und Neiße treiben. Der zweite Teil der Deutschen, diejenigen, die in der Industrie bleiben, wo es uns an Fachleuten fehlt, bleibt für eine gewisse Zeit ... Die dritte Gruppe, die in den Städten nicht benötigt wird und die wir aus Mangel an Transportmitteln nicht abschieben können, schicken wir aufs Land, damit sie dort arbeiten, bis die Situation reif ist, sie über die Oder zu werfen“ (65 f.).

Besonders in der ersten Nachkriegszeit vollzog sich die Abschiebung der Deutschen unter dramatischen Umständen. Dies habe sich vor allem daraus ergeben, „dass den als Deutsche behandelten Personen die grundlegenden Bürgerrechte aberkannt wurden“ (77). Das „Fehlen einer

Der kommunistische Parteiführer Gomułka sprach im Mai 1945 davon, dass man die Deutschen „hinauswerfen“ müsse, „da alle Länder auf nationalen, nicht multinationalen Grundlagen errichtet sind“.

rechtlichen Regelung“ über den Status der Deutschen habe die Möglichkeit gegeben, ihnen gegenüber die Politik „völlig willkürlich zu gestalten“ (79). Die staatlichen Behörden „wollten ... sich nicht durch in ihrer Sicht überflüssige gesetzliche Normen die Hände binden“.

Was das Eigentum der Deutschen betraf, so wurde ihr Recht darauf „kraft Dekret vom 6. September 1944 über die Bodenreform faktisch aufgehoben“ (80). Die den Deutschen auferlegte Zwangsarbeit „hatte keine gesetzlichen Grundlagen“. Und „Freiheitsentzug konnte ohne jede rechtliche Grundlage erfolgen“.

Die „rechtlichen Rahmenbedingungen für die Aussiedlungen“ hätten sich 1945 und 1946 mehrfach geändert. Die Vertreibung erfolgte in der Zeit vor der Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945) „auf der Grundla-

Was das Eigentum der Deutschen betraf, so wurde ihr Recht darauf kraft Dekret vom 6. September 1944 über die Bodenreform faktisch aufgehoben.

ge von Militärbefehlen. Die sog. freiwilligen Ausreisen im nächsten Halbjahr erfolgten ... auf Grund des Drucks der Behörden auf die deutsche Bevölkerung“. Hier konnte „von einer tatsächlichen Freiheit der Entscheidung schwerlich die Rede sein“. Erst die „Aussiedlungen

ab Februar 1946“ hätten sich auf die Entscheidungen von Potsdam gestützt (81).

Schonungslos schildern die Herausgeber das Problem der Lager für die Deutschen. Hier kamen zahlreiche Deutsche um. Im Herbst 1945 hätten sich in „Lagern und Gefängnissen ca. 60.000 Menschen“ befunden. Die Zustände in diesen Lagern, wo Kriminelle und sadistische Funktionäre die Menschen quälen und ausbeuten konnten, sind ein besonders dunkles Bild aus jenen Jahren.

Die ersten „Aussiedlungen“ waren durch polnisches Militär durchgeführt worden. Im Sommer 1945 habe „eine neue Phase der Abschiebung der Deutschen“ begonnen. Dabei handelt es sich um die erwähnten „freiwilligen Ausreisen“. Hier kam es zu schlimmen Übergriffen und chaotischen Zuständen. Dies führte dazu, dass am 16. August Churchill „im Unterhaus seiner Beunruhigung über die ‚Tragödie‘ Ausdruck gab, deren Mitinitiator und bis vor kurzem Fürsprecher er gewesen war“ (101).

Die „Aussiedlungen“ im Jahre 1946 seien sorgfältiger vorbereitet worden. In einer behördlichen Instruktion vom 15. Januar wurde gefordert, „dass das Verhältnis zur repatriierten Bevölkerung korrekt sein muss und jede Eigenmächtigkeit ... streng bestraft werden muss“ (102).

Dennoch wurden weiterhin Transporte überfallen, die Vertriebenen litten Hunger und Not, die hygienischen Bedingungen waren oft katastrophal. Aber nicht nur „schlechter Wille und Mangel an Vorstellungskraft“ hätten hierfür eine Rolle gespielt. „... Alle diese Faktoren waren nur vor dem oben skizzierten Hintergrund möglich: ein Teil der Institutionen und Personen behandelte die Deutschen nach wie vor wie Menschen ohne Grundrechte“ (104 f.). Immer wieder kritisierten britische Inspektoren in den Oder-Neiße-Gebieten die Beraubung und Unterversorgung der Ausgesiedelten. Dies traf auch für 1947 zu, obwohl dann die Bedingungen für die Vertriebenen schon „erheblich besser“ waren als zwei Jahre zuvor (105).

Die Herausgeber betonen, dass das Jahr 1950 eine Zäsur darstellte. Mit diesem Datum endet auch der Berichtsraum dieser Veröffentlichung. Es war eine Zäsur, weil jetzt die Aussiedlung der Deutschen „nicht mehr auf der Grundlage von Vereinbarungen“ im Gefolge der „Potsdamer Entscheidungen“ erfolgten, „sondern auf der Grundlage“ eines „Protokolls zwischen Polen und der DDR vom Januar 1950 sowie im Rahmen der Familienzusammenführung ..., auch in die Bundesrepublik“ (111).

Dokumente von bedrückender Aussagekraft

Den besonderen Wert der Veröffentlichung machen die Dokumente aus. Band 1 umfasst 232 von polnischen zentralen Stellen herausgegebene Schriftstücke. Aus ihnen gewinnt der Leser nicht nur ein Bild von den oft erschreckenden Zuständen, sondern nimmt Einblick auch in das Denken polnischer Militär- und Staatsbehörden. Der in den Jahren der Okkupation angesammelte Hass bricht sich Bahn. Feindschaft und Verachtung gegenüber den Deutschen werden allseits empfohlen, wenngleich vor Disziplinlosigkeit gewarnt wird. Sehr brutal ist auch die Sprache der polnischen Armeebefehle vom Sommer 1945. So heißt es im Befehl „über die Fortsetzung der raschen Aussiedlung der Deutschen“ vom 24. Juni 1945: „Man muss seine Aufgaben auf so harte und entschiedene Weise ausführen, dass sich das germanische Ungeziefer nicht in den Häusern versteckt, sondern von selbst vor uns fliehen wird.“

„Man muss seine Aufgaben auf so harte und entschiedene Weise ausführen, dass sich das germanische Ungeziefer nicht in den Häusern versteckt, sondern von selbst vor uns fliehen wird.“

selbst vor uns fliehen wird ... Ich befehle allen Kommandierenden der Division, mit der Aussiedlung der Deutschen in ihren Regionen rücksichtslos und schnell fortzufahren“ (161).

Neben Aufrufen zur Rücksichtslosigkeit finden sich aber auch besorgte Fragen. Der Chef der Abteilung für politische Erziehung der 7. Infanteriedivision berichtet im Juni 1945, er habe auf entsprechende Fragen die Antwort bekommen, „dass dies der einzige Moment sei, in dem wir uns von dem uns fremden und feindlichen Element befreien können“. Aus diesem Schreiben wird auch das gewaltige Ausmaß der Vertreibungsaktion deutlich: „Die Leistung der operativen Gruppen ist groß. Durchschnittlich werden täglich etwa 40–45.000 Leute ausgesiedelt ...“ (163). Immer wieder wird der Leser mit Dokumenten konfrontiert, in denen polnische Stellen sich gegen eine zu fürsorgliche Haltung der Sowjetarmee gegenüber den Deutschen wenden. Es kam vor, dass sowjetische Militärangehörige polnische Soldaten angriffen, verhafteten und entwaffneten (166). Polnische Militärs berichteten, dass sowjetische Armeestellen eine „massenhafte Rückkehr der Deutschen von jenseits der Neiße“ organisierten und polnische Siedler vertrieben (187). Besonders aussagekräftig ist ein (in Kopie erhaltenes) Schreiben des Ministers für die Wiedergewonnenen Gebiete, Gomułka, an die Sowjetmarschälle Schukow und Rokossowski vom 10. Januar 1946:

„Polen erwartet von der Sowjetunion Hilfe bei der Besiedlung und Bewirtschaftung der Wiedergewonnenen Gebiete ... Indessen gestaltet sich das Zusammenleben beider Nationen in den in Potsdam der polnischen Verwaltung unterstellten Gebieten nicht harmonisch ... Die Einstellung der Einheiten der Roten Armee gegenüber der polnischen

Immer wieder wird der Leser mit Dokumenten konfrontiert, in denen polnische Stellen sich gegen eine zu fürsorgliche Haltung der Sowjetarmee gegenüber den Deutschen wenden.

Bevölkerung in den Wiedergewonnenen Gebieten ist häufig feindselig ... Das Verhalten einiger Einheiten der Roten Armee, die Gewalt, Raub, Plünderung und Mord an der polnischen Bevölkerung zu lassen, erschwert die polnische Aktion in den Wiedergewonnenen Gebieten, und die deutsch-freundliche Politik einiger

Militärkommandanten verstärkt noch die Schwierigkeiten, die wir bei der Bewirtschaftung dieser Gebiete überwinden müssen ...“ (204 f.).

Andererseits beschwerte sich der Stabschef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland Anfang 1947 in einem Schreiben an den Leiter der Polnischen Militärmission in Berlin über chaotisch durch-

geführte Transporte abgeschobener Deutscher, die in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone aufgenommen werden sollten. Der sanitäre Zustand sei immer noch unzureichend, aus den Transporten seien allein im Dezember 1946 „176 Personen mit Erfrierungen sowie fünf Leichen entladen“ worden, weil die Waggonen nicht beheizt waren, die Transporte seien überladen (298 f.).

Sicher haben sich die Umstände der Vertreibungsaktionen mit den Jahren für die Betroffenen etwas weniger schlimm gestaltet. Dennoch waren sie hart genug. Besonders schlecht war es um Verpflegung und Hygiene bestellt. Polnische Regierungsstellen mussten zunehmend mit Kritik der westlichen Öffentlichkeit rechnen, vor allem der Briten, die wohl selbst über die Folgen selbstverantworteter Beschlüsse erschrocken waren. Aber auch die Interessen anderer mussten beachtet werden, z.B. die der deutschen Kommunisten in Ostdeutschland. So schreibt der Leiter der Polnischen Militärmission in Berlin am 19. Juli 1946, der führende Parteifunktionär der SED, Walter Ulbricht, habe in einem Gespräch „darum gebeten, die Repatriierung der Deutschen etwas langsamer durchzuführen, insbesondere in der Zeit vor der Wahl, da dies der SED die Wahlkampagne erleichtern würde“ (266 f.).

Walter Ulbricht bat darum, die Repatriierung der Deutschen etwas langsamer durchzuführen, da dies der SED die Wahlkampagne erleichtern würde.

Die Regierung in Warschau beschäftigte sich auch mit dem Problem der „Aussiedlung deutscher Juden“. Die Leiterin des Referats Mitteleuropa im Warschauer Außenministerium verwies darauf, dass nach dem „Dekret über hinterlassene und ehemalige deutsche Vermögen vom 8. 3. 1946 ... Opfer hitleristischer Verfolgungen berechtigt sind, ihre Rechte auf ihr Vermögen geltend zu machen, auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind“. Es sei „nicht zweckmäßig“, dieser Verallgemeinerung zu folgen, „da dies z.B. deutsche Sozialdemokraten, die sich ebenfalls auf hitleristische Verfolgungen berufen können, von der Aussiedlung schützen würde ...“ (320 f.).

Die Dokumente belegen, dass diese Aktivitäten kein Ruhmesblatt in Polens Geschichte darstellen. Es bietet sich ein Bild des Chaos und der fast völligen Rechtlosigkeit von Millionen Deutschen. Andererseits ist hervorzuheben, dass verantwortungsbewusste polnische Beamte, Militärs und vor allem auch Ärzte mahnend eingegriffen haben, indem sie unmenschliche Zustände anprangerten. Der Hinweis darauf, dass die mit der Ausweisungsaktion befassten Funktionäre oft schlecht bezahlt und

ungeeignet für diese Tätigkeit waren, trifft sicher zu, kann jedoch die Verantwortung der höheren Instanzen nicht mindern.

Vergessen oder erinnern?

Man kann sich natürlich fragen, ob es heute sinnvoll ist, an all das zu erinnern. Sollte man diese schweren und traurigen Zeiten nicht besser dem Vergessen anheim geben? Bieten solche Dokumentationen nicht auch eine Basis, um „deutsche Schuld“ zu mindern?

Hier sei ein persönliches Wort erlaubt: Ich habe die Elendszüge der aus den Oder-Neiße-Gebieten vertriebenen Deutschen 1945 und 1946 erlebt, sie kamen zu Fuß über die von sowjetischen Pionieren gezimmerte Holzbrücke über die Oder, meist alte Männer, Frauen und Kinder, ausgemergelt, apathisch, die nicht gehfähigen Greise und Kranken in Handwagen hinter sich her ziehend. Nicht wenige erreichten das westliche Ufer der Oder, um wenige Tage später an den Strapazen zu sterben. Ich wohnte ganz in der Nähe eines Umsiedlerlagers, aus dem täglich die Toten herausgetragen wurden. Auf dem Friedhof meiner Heimatstadt Frankfurt/Oder sah ich im Winter 1945/46 Haufen von Kinderleichen, wie Meterholz übereinandergeschichtet, für sie gab es nicht einmal einen Papiersack. Diese Bilder bleiben unauslöschlich im Gedächtnis.

Aber ich habe nicht nur die deutschen Opfer gesehen. Wenige Jahre zuvor erlebte ich bei Fahrten in das an das Deutsche Reich angeschlossene Wartheland die andere Seite: das Leid der Polen.

Mein Vater nahm mich zwischen 1941 und 1944 mehrfach zu Reisen nach Posen und in das dortige Umland mit. Es ging darum, dass er als Reichsdeutscher seinen polnischen Verwandten Hilfe leisten wollte, um sie vor noch größerer Verfolgung zu schützen. Die Bilanz der deutschen Besatzung allein in dem polnischen Zweig unserer Familie sagt genug: zwei meiner Onkel wurden in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn ermordet, eine Tante mit Kindern ins sog. Generalgouvernement verschleppt und auf freiem Felde ausgesetzt, alle verloren ihre Geschäfte und Werkstätten, alle – mit einer Ausnahme – mussten ihre guten Wohnungen verlassen und froh sein, in Hinterhofquartieren unterzukommen. Ein Bruder meines Vaters, zur Erschießung vorgesehen, hatte das Glück, nur ausgepeitscht zu werden; später jagte man ihn von seinem Bauernhof. Nie vergesse ich, wie Deutsche sich gegenüber den Polen aufführten. Wir waren überall privilegiert im Wartheland: Wir durften

im leeren Triebwagen der Posener Straßenbahn fahren, während sich die Polen im überfüllten Anhänger quetschten. In den Parks wiesen Aufschriften auf den Bänken darauf hin, dass diese „nur für Deutsche“ waren. Wenn sich vor Geschäften Schlangen bildeten, dann hatten Deutsche stets das Privileg, als erste bedient zu werden, während die Polen stundenlang warten mussten. Sogar der Zugang zu den Wochenmärkten war in diesem Sinne geregelt. Die Polen wurden als „Untermenschen“ behandelt.

Gerade wenn man beide Seiten der oft tragischen deutsch-polnischen Geschichte durchlebt hat, wird man die Erinnerung an jene schrecklichen Zeiten für wichtig halten – ohne den Versuch, zu vergleichen oder gar gegenrechnen zu wollen. Über das Nazi-Unrecht an Polen, über die erklärte Absicht Hitlerdeutschlands, dieses Volk zu dezimieren, ja zu vernichten, gibt es eine dokumentengestützte Literatur, auch wenn sie nicht immer von jenen gelesen wird, die das nötig hätten. Der Dokumentenband über „Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950“ gemahnt an die andere düstere Seite unserer Nachbarschaft im 20. Jahrhundert.